



Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland



Suffizienz in der Landespolitik

Kurzstudie

**von Prof. Dr. Felix Ekardt, LL.M., M.A.
Forschungsstelle Nachhaltigkeit und Klimapolitik,
Leipzig/Berlin**

im Auftrag des BUND

April 2018

Vorwort des Verfassers

Die vorliegende Kurzstudie untersucht die Reichweite der weithin übersehenen oder verkannten – völkerrechtlich verbindlichen – Zielstellungen des Paris-Abkommens. Eine wichtige Rolle spielt insoweit auch das Verhältnis zum Vorsorgeprinzip sowie zum gebotenen Menschenrechtsschutz von Leben und Gesundheit im Zeichen des Klimawandels. Die Untersuchung entstand im Winter 2017/2018 im Auftrag des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND). Sie gibt dabei die Auffassung des Autors wieder. Dabei steht die Studie im übergreifenden Zusammenhang früherer eigener Arbeiten, auf die für eine eventuelle vertiefte Lektüre am Ende der Studie verwiesen wird. Der Text ist weitgehend geschlechtsneutral formuliert; sollte dies vereinzelt nicht der Fall sein, ist jeweils stets die weibliche und die männliche Form gemeint. Zu etwaigen rechtlichen Aussagen im Text gilt: Die Abhandlung stellt die wissenschaftlichen Erkenntnisse des Autors dar und keine Rechtsberatung für konkrete Personen, die z.B. eine konkrete Klage führen, allein schon weil immer die Möglichkeit besteht, dass ein mit einem konkreten Fall befasstes Gericht (ob inhaltlich überzeugend oder nicht) Rechtsfragen anders einschätzt als ein Wissenschaftler. Der Verfasser hofft, dass die Studie all denen im BUND nützlich sein wird, die sich – auf den verschiedenen politischen Ebenen – für Suffizienzpolitik einsetzen. Und da ist einiges eben auch auf Landesebene möglich; nicht zuletzt dies soll hier dargestellt werden.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort und Inhaltsverzeichnis	2
Zusammenfassung	3
1. Suffizienz: Was ist das eigentlich?	4
2. Warum Technik allein nicht reicht – und welche Umweltziele gilt es mit Suffizienz zu erreichen?	5
3. Was die Suffizienz auf Landesebene kann – und was nicht	6
4. Beispiel: Ernährung und Landwirtschaft	9
5. Weitere Beispiele: Energie, Wohnen, Verkehr, öffentliche Beschaffung	15
6. Ausblick: Wie die Landespolitik den gesellschaftlichen Wandel hin zur Suffizienz mit anstoßen kann	16
Weiterführende Literatur	18
Zum Autor	18

Zusammenfassung

Die vorliegende Kurzstudie untersucht Suffizienz als möglichen Gegenstand der Politik der deutschen Bundesländer. Zu Suffizienz allgemein und gerade auf landespolitischer Ebene lassen sich einige zentrale Erkenntnisse formulieren:

- Suffizienz meint Verhaltensänderungen mit dem Ziel eines genügsameren Konsums, mag dieser freiwillig oder auf andere Weise auftreten. Es geht also um andere Lebensstile zur Erreichung bestimmter ökologischer Ziele.
- Die grundlegende Rechtfertigung für Suffizienz ist, dass ohne sie die Nachhaltigkeitswende nicht im notwendigen Umfang gelingt. Suffizienz hat dabei durchaus auch das Potenzial, Menschen glücklicher zu machen.
- Maßstab für das, was als für die Nachhaltigkeitswende notwendig anzusehen ist, sind bestimmte offiziell allseits geteilte internationale Umweltziele, etwa aus dem Pariser Klima-Abkommen und der Biodiversitätskonvention. Sie legen, auch wenn das fast nie bemerkt wird, beispielsweise einen kurzfristigen vollständigen Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen nahe – die der wichtigste Treiber vieler Umweltprobleme sind.
- Das Wechselspiel des gesellschaftlichen Wandels benötigt als einen Baustein auch politisch-rechtliche Vorgaben in Richtung mehr Nachhaltigkeit und Suffizienz. Dabei hat die Landespolitik nicht die zentrale Rolle, weil sie nicht den räumlich und sektoral umfassenden Ansatz liefern kann, ohne den Nachhaltigkeit nicht umfassend gelingen kann. Landespolitik kann gleichwohl eine wesentliche Anstoß-, Experimentier- und Ergänzungsfunktion erfüllen. Damit dies passiert, müssen wir alle aber auch politischen Druck in dieser Richtung aufbauen. Umgekehrt wird wirksame Suffizienzpolitik einen individuell nachhaltigen Konsum erleichtern.
- Suffizienz in Ernährung und Landwirtschaft kann teilweise auch auf Landesebene angestoßen werden. Dabei sind diverse Maßnahmen möglich, die die fossilen Brennstoffe unter Druck setzen, den Ökolandbau nach vorne bringen und den Konsum tierischer Nahrungsmittel reduzieren helfen. Beschränkungen für Glyphosat oder Gentechnik – die indirekt in diese Richtung wirken – sind etwa auch auf Landesebene möglich, ebenso wie eine konsequente Durchsetzung des Gewässerschutzes, eine Vorbildrolle öffentlicher Kantinen oder eine Umstrukturierung von Subventionen. Aber auch andere Umweltproblembereiche können durchaus von den Ländern angegangen werden, etwa eine Reduktion des Flächenverbrauchs und eine Förderung des Radverkehrs.

1. Suffizienz: Was ist das eigentlich?

Seit einiger Zeit gerät ein vom Okzident ausgehendes, aber zunehmend globalisiertes Zivilisationsmodell auf den Prüfstand, das in den letzten 200 Jahren maßgeblich auf einem hohen Verbrauch fossiler Brennstoffe aufbaute. Im okzidentalen und zunehmend global angestrebten Zivilisationsmodell sind fossile Brennstoffe omnipräsent – nicht nur in Benzin und Strom, auch in Heizenergie, in Dünger, in nahezu jedem Produkt, in Kunststoffen, Textilien, medizinischen Produkten, Kosmetik oder im Transport von Waren. Sie sind dabei ein wesentlicher Treiber nicht nur des Klimawandels, sondern auch des Biodiversitätsverlusts, der Boden- und Gewässerbelastungen, gestörter Stickstoffkreisläufe und nicht zuletzt vieler menschlicher Gesundheitsprobleme wie Krebserkrankungen. Ein hoher Konsum tierischer Nahrungsmittel, Autofahrten und Fernurlaube als Normalfall, reichlich geheizte Wohnungen, Unterhaltungselektronik u.a.m. werden deshalb durch den Klimawandel zum Problem. Mehr Ressourceneffizienz, also der sparsamere Einsatz und/oder die stärkere Kreislaufführung in Relation zu einem bestimmten Ergebnis sowie ein Umstieg auf erneuerbare Ressourcen respektive umweltverträgliche Alternativen (Konsistenz) stehen deshalb zunehmend zur Debatte. Aber reicht das Hoffen auf rein technische Lösungen – oder ist auch mehr Genügsamkeit nötig, also Suffizienz?

Die vorliegende Kurzstudie untersucht Suffizienz als möglichen Gegenstand der Politik der deutschen Bundesländer. Suffizienz wird hier verstanden als Verhaltensänderungen mit dem Ziel eines genügsameren Konsums, mag dieser freiwillig oder aufgrund politischer Vorgaben auftreten (orientiert am Gedanken der Nachhaltigkeit, also dauerhaft und global verträglicher Lebens- und Wirtschaftsweisen). Es geht also um andere Lebensstile zur Erreichung bestimmter ökologischer Ziele beispielsweise im Klimaschutz, exemplarisch gesprochen: um weniger Autofahrten statt allein um energieeffizientere oder auf Solarstrom umgestellte Autofahrten. Nicht im Zentrum steht dabei die Frage, ob Suffizienz neben einer ökologischen Notwendigkeit zugleich mehr menschliches Glück verspricht (obwohl das teilweise gut möglich ist; kurz dazu am Ende der Studie). Gemeint sind jedenfalls verringerte, gemeinsame, verlängerte oder veränderte Nutzungen bestimmter Produkte und Dienstleistungen. Effizienz und Suffizienz überschneiden sich dabei mitunter. Ein Beispiel ist die Frage, wie der Umstieg vom Auto auf Bus und Bahn einzuordnen ist, da dies Elemente von Effizienz und Suffizienz kombiniert.

Suffizienz auf Landesebene ist ein etwas ungewohntes Thema. Das liegt zum einen daran, dass Suffizienz insgesamt noch ein ziemlich ungewohntes Thema ist – weswegen vorliegend auch einige allgemeine Grundfragen von Suffizienz kurz aufgegriffen werden. Zum anderen ist die Landesebene hier ungewohnt, weil die Diskussion um konkrete Suffizienzinstrumente noch nicht sehr weit fortgeschritten ist. Und wenn sie geführt wird, dann wird meist nicht systematisch gefragt,

was die Wirkung von Maßnahmen auf bestimmten Politikebenen wären – und welche Politikebene überhaupt die rechtliche Zuständigkeit für welche Maßnahmen hätte. Man wird indes im weiteren Verlauf der Studie sehen, wie nützlich das Fragen gerade nach der Landesebene ist. In den Grundzügen lassen sich die Erkenntnisse dabei überwiegend auf die Frage übertragen, welches die Chancen und Grenzen von Suffizienzmaßnahmen auf kommunaler Ebene wären; jene Ebene wird deshalb nachstehend immer wieder kurz mit angesprochen.

2. Warum Technik allein nicht reicht – und welche Umweltziele gilt es mit Suffizienz zu erreichen?

Zunächst einmal könnte man aber fragen, warum Suffizienz überhaupt notwendig sein sollte. Die Antwort ist nicht trivial. Sie lautet: Weil einige zentrale Umweltziele nicht rein technisch erreichbar sind. Zwar erscheint es aus mancherlei Gründen attraktiv, Umweltprobleme wie den Klimawandel rein technisch lösen zu wollen. Denn ein rein technischer Wandel kann bequemer und deshalb leichter umsetzbar sein als das Umstellen von Verhaltensweisen. Und neue Technik lässt sich verkaufen und schafft Arbeitsplätze, wogegen Verhaltensänderungen häufig bedeuten, Güter aus dem Markt zu nehmen und damit letztlich das auf Wachstum ausgerichtete Wirtschaftsmodell generell in Frage zu stellen. Und einerlei wie man persönlich dazu steht: Wirtschaften ohne Wachstum ist alles andere als trivial. Denn bislang sind zentrale gesellschaftliche Teilsysteme wie der Arbeitsmarkt, die Rentenversicherung oder das Bankensystem so organisiert, dass sie ohne Wachstum in große Schwierigkeiten kommen. Zudem sind jene Teilsysteme aktuell ohnehin schon unter Druck – der Arbeitsmarkt beispielsweise durch Automatisierung, künstliche Intelligenz, Globalisierung und Digitalisierung. Das Entwickeln wachstumsloser Alternativkonzepte, die für die Weltwirtschaft im Ganzen funktionieren könnten, steckt noch in den Anfängen. Doch aus ökologischen Gründen zeigt sich schnell, dass man Suffizienz trotzdem ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken muss.

Global verfolgt die Weltgemeinschaft nämlich einige Umweltziele, die auch dringend nötig sind, will man nicht beispielsweise die gravierenden menschlichen und ökonomischen Folgen des Klimawandels hinnehmen, die aber gleichzeitig zunehmend schwer erreichbar erscheinen. Das Pariser Klima-Abkommen der Staaten dieser Welt von 2015 beispielsweise hat ein völkerrechtlich verbindliches Ziel in Artikel 2 definiert, welches ungeachtet sonstiger Vagheiten des Abkommens extrem ambitioniert ist. Die globale Erwärmung im Vergleich zum vorindustriellen Temperaturniveau wird dort auf deutlich unter 2 Grad (also 1,7 bis 1,8 Grad) und besser noch 1,5 Grad Celsius begrenzt. Eine solche Begrenzung des Klimawandels

verlangt nach den Daten des Weltklimarates (IPCC), dass weltweit in allen Sektoren in wenigen Jahren (maximal ein bis zwei Jahrzehnten) die Emissionen und damit auch der fossile Brennstoffeinsatz auf null sinken. Im Naturschutzvölkerrecht haben die Staaten weltweit ein ebenso ambitioniertes Ziel verankert. Dort verlangt die internationale Biodiversitätskonvention von 1992 einen Stopp des Arten- und Ökosystemverlusts und eine Trendumkehr. Dies ist nur möglich, wenn der Natur – auch jenseits von Schutzgebieten – mehr Raum gegeben wird, der menschliche Nutzungsdruck also abnimmt, statt immer weiter gesteigert zu werden.

Obwohl diese Ziele offiziell allseits gefeiert werden und gleichzeitig kaum jemand über Suffizienz spricht, ist sehr fraglich, ob so ambitionierte Ziele rein technisch (also ohne Suffizienz) erreichbar sind. Zwar verfügt niemand über eine Glaskugel, um künftige technische Entwicklungen vorauszusehen. Aber dennoch spricht alle historische Erfahrung mit der relativen Langsamkeit technischer Innovation dafür, dass beispielsweise ein fossiler Vollausstieg innerhalb weniger Jahre nicht rein technisch funktioniert. Dazu kommt, dass es für einige Dinge kaum technischen Ersatz gibt. Ein Beispiel: Der einzige wirklich einschneidende Bereich in der Landwirtschaft, um Klimaemissionen zu reduzieren und der Natur mehr Raum zu geben, wäre ein anderer Ernährungsstil mit wesentlich weniger tierischen Nahrungsmitteln. Denn für deren Produktion wird momentan rund vier Fünftel der Weltagrarfläche eingesetzt, und um eine tierische Kalorie zu erzeugen, werden viele pflanzliche Kalorien benötigt. Ein weiteres Beispiel: Null fossile Brennstoffe heißt auch, dass null fossil basierte Kunststoffe zur Verfügung stehen. Zwar kann man Kunststoffe auch auf pflanzlicher Basis herstellen; jedoch stehen dafür nur wenig Flächen zur Verfügung.

3. Was die Suffizienz auf Landesebene kann – und was nicht

Man *sollte* Suffizienz nach dem Gesagten umsetzen. Aber hat man dafür auch wirksame Politikinstrumente, und hat man sie gerade auf der Ebene der Landespolitik? Instrumente sind dann wirksam, wenn sie das jeweilige Ziel erreichen – welche Ziele das sein müssten, wurde eben betrachtet. Auf rein freiwilliger Basis ohne einen verbindlichen Anstoß wird Suffizienz nach allem, was über menschliche Nachhaltigkeitsmotivation weiß, kaum zustande kommen. Zu viele Faktoren stehen bei uns allen und auch bei den Unternehmen oft im Weg. Zum Beispiel Eigennutzenkalküle – hier und heute ein angenehmes Leben haben, hier und heute Gewinn machen usw. Eine Rolle spielen auch Normalitätsvorstellungen – das tägliche Stück Fleisch, der Urlaubsflug und die tägliche Autofahrt zur Arbeit sind in unserer heutigen Welt schlicht normal. Ebenso kommen emotionale Fak-

toren ins Spiel, etwa die allzu menschliche Neigung zu Bequemlichkeit, Gewohnheit, Beschönigung und Verdrängung. Dabei sind beispielsweise Konsument/innen und Unternehmen wechselseitig voneinander abhängig (wie Politik und Bürger/innen übrigens auch). Ohne unser aller Kaufentscheidungen – und politische Wahlentscheidungen – gäbe es Unternehmen und den sie tragenden politischen Rahmen nicht. Umgekehrt können andere politische Entscheidungen, etwa ein Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen, für uns alle im Alltag Suffizienz leichter machen.

Wirksame Suffizienz-Instrumente müssen der geschilderten menschlichen Motivationslage gerecht werden. Und sie müssen auch bestimmte typische Steuerungsprobleme vermeiden, die gerade in der Nachhaltigkeitspolitik immer wieder auftreten und meist wenig beachtet werden. Beispielsweise muss der Vollzug der Instrumente – Beispiele finden sich zahlreiche im weiteren Verlauf der Studie – sichergestellt sein. Und die Maßnahmen müssen so ambitioniert ausgestaltet werden, wie es den genannten Zielen entspricht. Ferner müssen Rebound- und Verlagerungseffekte vermieden werden. Eine Maßnahme darf also nicht dazu führen, dass das bekämpfte Umweltproblem sich einfach an einen anderen Ort oder in einen anderen Sektor verlagert – und die Wirkung der Maßnahme darf auch nicht durch Wohlstandsgewinne aufgefressen werden. Die genannten Probleme und Motivationsmängel sind die Ursache, warum wir trotz aller verbalen Bekundungen in Deutschland weiterhin einen der größten ökologischen Fußabdrücke pro Kopf weltweit haben – und keineswegs etwa der Klimavorreiter sind, für den wir uns halten. Selbst das, was wir in den letzten Jahren etwa an Klimaemissionen gespart haben, haben wir statistisch eher in andere Länder verlagert – von wo zunehmend die Produkte stammen, die wir täglich kaufen (insbesondere Ostasien).

Darauf basierend kann man zu Chancen und Grenzen einer Nachhaltigkeitspolitik auf Landesebene, die gerade auf Suffizienz abzielt, einige grundlegende Aussagen treffen. Wichtig ist dabei unabhängig von der Politikebene, dass tatsächlich alle Umweltbereiche und Sektoren betrachtet werden und nicht, wie häufig in Deutschland, der Blick primär auf den Stromsektor geht, obwohl der ökologische Fußabdruck in klimabezogener Hinsicht auch Bereiche wie Ernährung, Konsum von Industrieprodukten oder Flugreisen einschließen muss.

- Der grundlegende Rahmen für eine Suffizienzpolitik gehört eigentlich auf die transnationale Ebene. Will man insbesondere aus den fossilen Brennstoffen als einem besonders wichtigen Treiber diverser Umweltprobleme aussteigen, wäre dafür idealerweise die globale Ebene und ein Umfassen sämtlicher Sektoren anzustreben, um regionale und sektorale Verlagerungseffekte auszuschließen. Diese wie auch Rebound-Effekte drohen la-

tent, wenn lediglich bei einzelnen Produkten, Anlagen, Vorgängen oder generell bestimmten Orten angesetzt wird. Wie solche globalen Mengenbegrenzungs- oder Bepreisungsinstrumente genau zu konstruieren wären und wie sie z.B. aus dem bisherigen EU-Emissionshandel (durch eine drastische Weiterentwicklung) hervorgehen könnten, wenn man mehr Länder einbezieht und Anreize zur Mitwirkung schrittweise aller Länder schafft, führt in der vorliegenden Studie zu weit (näher dazu die Nachweise am Ende der Studie). Etabliert man ein System, das die fossilen Brennstoffe insgesamt – und damit in allen Sektoren – in einer festgelegten Zeit wie etwa 20 Jahre auf null bringt, löst das technische Innovationen aus – aber auch Suffizienz, wenn Technik allein nicht reicht. Landespolitik ist per se nicht transnational und kann deshalb einen solchen übergreifenden Ansatz nicht ersetzen. Außerdem haben die Länder keine rechtliche Zuständigkeit, die fossilen Brennstoffe umfassend aus dem Markt zu nehmen. Sie könnten lediglich Einzelmaßnahmen ergreifen, die aber erstens nicht so stark wirken wie ein echter fossiler Ausstieg und zweitens Verlagerungen in andere Länder oder andere Sektoren nicht grundsätzlich ausschließen könnten. Macht man etwa in einem Bundesland das Autofahren unattraktiver, kann man weder den Wegzug in andere Bundesländer verhindern noch die Verlagerung ersparter Benzinkosten in Urlaubsflüge. Der Wettstreit der Bundesländer um Wirtschaftsansiedlungen erschwert zudem eine einschneidende Suffizienzpolitik auf Landesebene, weil Industrieabwanderungen in andere Bundesländer befürchtet werden.

- Da sich die verschiedenen politischen Ebenen (wie auch Bürger/innen und Unternehmen sowie Bürger/innen und Politik) gegenseitig beeinflussen, kann Landespolitik aber eine wichtige Anstoßfunktion übernehmen. Denn aktuell kommt eine ambitionierte europäische oder internationale Nachhaltigkeitspolitik und speziell Suffizienzpolitik eben gerade nicht in Gang. Insofern können landespolitische Maßnahmen selbst dann, wenn sie eigentlich nur begrenzte Wirkung erzielen können, eine Diskussion in Gang bringen, andere zur Nachahmung veranlassen und damit auch eine transnationale Regulierung wahrscheinlicher machen. Dabei ist wichtig, dass eine transnationale Politik wiederum nur in Gang kommt, wenn sie von den Bürger/innen eingefordert wird. Die Bürger/innen können durch die Landespolitik aber u.U. dazu gebracht werden, sich mit dem Thema Suffizienz stärker zu beschäftigen.
- Regionale Ansätze zum Klimaschutz sind zudem als Experimente für die höheren Rechtsebenen wertvoll. Beispielsweise kann man 100%-Erneuerbare-Regionen oder –Kommunen etablieren, autofreie Stadtviertel erproben u.a.m. Solche Experimente lassen sich auch durch freiwillige Kooperationen und planungsrechtliche Regelungen anstoßen, was innerhalb der

Zuständigkeit der Länder liegt. Erleichtert wird das auch dadurch, dass in der Landespolitik (oder erst recht in der Kommunalpolitik) die Wege kürzer sind und man sich leichter persönlich begegnen kann als in der transnationalen Umweltpolitik. Auf dieser Ebene kann auch am besten darüber geredet werden, wie zahlreich die Hindernisse auf dem Weg zu Nachhaltigkeit und Suffizienz oft sind, ohne dadurch in Fatalismus zu verfallen oder umgekehrt – was momentan oft geschieht – die Größe der Herausforderung kleingeredet wird (beispielsweise durch ein Ausgehen von zu wenig ambitionierten Klimazielen, wie es in Deutschland fast durchgängig praktiziert wird).

- Selbst wenn in absehbarer Zeit eine anspruchsvolle globale oder europäische Nachhaltigkeitspolitik in Gang kommen sollte, so bliebe diese dennoch auf bestimmte Flankierungen und Ergänzungen angewiesen. Ein fossiler Ausstieg beispielsweise würde Druck machen, sich stärker zu einer Stadt der kurzen Wege hin zu orientieren. Dafür müssten aber auch Wohnen und Arbeiten planerisch wieder näher zusammengebracht werden. Mit planerischen Festsetzungen sind jedoch in Deutschland von der Zuständigkeitsordnung her die Bundesländer und in der Ausführung auch die Kommunen gefordert.

Suffizienz benötigt also auch Landespolitik, aber ohne die falsche Verheißung, man könne die Nachhaltigkeit einfach graswurzelmäßig allein von unten her aufrollen. Zu berücksichtigen ist auch, dass die obigen Aussagen über die oft mangelnde Nachhaltigkeitsmotivation nicht nur auf Bürgerschaft und Unternehmen, sondern auch auf die Politik zutreffen, und zwar auf die Landespolitik nicht weniger als auf die Bundes-, Europa- oder internationale Politik. Dagegen hilft nur Druck von uns allen.

4. Beispiel: Ernährung und Landwirtschaft

Ein interessantes Beispiel, um Chancen und Grenzen von Suffizienzpolitik auf Landesebene zu beleuchten, ist der Agrar- und Ernährungssektor. Die Landwirtschaft ist die Basis unserer Ernährung und auf vielfältigste Weise mit unserer Kulturgeschichte verwoben. Die Art, wie Landwirtschaft heute größtenteils betrieben wird, ist aber auch zentral verknüpft mit den wichtigsten Umweltproblemen unserer Zeit. Die Auswirkungen der Landwirtschaft auf Klima, Ökosysteme, Biodiversität, Böden, Wasser, Stickstoff- und Phosphorkreisläufe sind dabei besonders mit der Menge tierischer Nahrungsmittel verbunden. Ebenfalls verbunden sind diese Auswirkungen mit einer oft fehlenden Produktion in lokalen Kreisläufen (also

auch unter Vermeidung großer Mengen importierten Futters), wie bereits deutlich wurde.

Wie bereits erwähnt wurde, werden rund vier Fünftel der weltweit agrarisch genutzten Fläche für die Produktion tierischer Nahrungsmittel eingesetzt – was zentral an den hohen Kalorienverlusten bei der Umwandlung von pflanzlicher in tierische Nahrung. Weideflächen sind dabei weniger problematisch als der Futtermittelanbau, und durch geschickte Formen der Landnutzung kann man auch Emissionen binden. Darüber hinaus geht von Faktoren wie dem Energiepflanzenanbau, der Kosmetika-Herstellung und der wachsenden Weltbevölkerung und ihren – am Westen ausgerichteten – Wohlstandswünschen ein steigender Nutzungsdruck auf agrarische Flächen aus.

Notwendig wäre eine Landwirtschafts- und Ernährungspolitik, die auf Nachhaltigkeit und damit auch auf langfristige und globale Tragfähigkeit und insbesondere auf Beachtung der planetaren Grenzen hin ausgerichtet ist. Die Landwirtschaft muss aufgrund der geschilderten Klimaziele des Paris-Abkommens zeitnah ohne fossil basierten Mineraldünger auskommen, was vielerlei Herausforderungen birgt; die dadurch erwartbaren geringeren Erträge steigern jedenfalls die Notwendigkeit, den tierischen Nahrungsmittelkonsum und damit die Umwandlungsverluste von pflanzlichen in tierische Nahrungsmittel zu verringern – also genau auf Suffizienz zu setzen. Ein fossiler Ausstieg leistet zugleich einen wesentlichen Beitrag, die Stickstoffkreisläufe zu schließen, Gewässer und Grundwasser zu entlasten, giftige und krebserregende Luftschadstoffe zu reduzieren und die Biodiversität zu schonen.

Wenn die tierische Nahrungsmittelproduktion rund vier Fünftel der Flächen beansprucht, liegt bei ihnen und besonders beim Futtermittelanbau außerdem das größte Potenzial dafür, im Sinne der geschilderten Biodiversitätsziele der Natur mehr Raum zu geben. Da tierische Nahrungsmittel bislang weit überproportional in den Industriestaaten – und in den Oberschichten der Schwellenländer – verzehrt werden, hat die Verbrauchsreduktion und die gleichmäßigere, flächenbezogene ausgerichtete Verteilung der Tiere hierzulande zentrale Bedeutung, nicht zuletzt im Interesse geschlossener Stoffkreisläufe. Die ökologische Dramatik erfordert dabei rasches und entschlossenes Handeln. Es reicht beispielsweise nicht, allein die Ställe zu verkleinern oder sie global gleichmäßiger zu verteilen (wie es die Kritik an der Massentierhaltung teils nahelegt). Es muss global gesehen weniger Tierisches gegessen werden. Und bei wachsender Weltbevölkerung und wachsendem Konsum tierischer Nahrungsmittel in den Schwellenländern muss die Reduktion in den Industriestaaten umso drastischer ausfallen. Unter Gesichtspunkten der Welternährung und der Nährstoffversorgung der Pflanzen durch tierischen Dung ist zwar sowohl Weidewirtschaft als auch in deutlich reduziertem

Umfang Nutztierhaltung auch in einer zukünftigen Landwirtschaft nötig und möglich. Jedoch muss die Gesamtentwicklung hin zu einem deutlich geringeren Konsum tierischer Nahrungsmittel laufen.

Eine besonders problematische Rolle etwa für Biodiversitätsverluste spielen auch industrielle Pflanzenschutzmittel und Biozide, deren Nutzung deshalb mittelfristig weitgehend reduziert werden muss. Das Insektensterben ist insoweit ein aktuell besonders diskutiertes Beispiel. Die Ergebnisse der aktuellen Roten Listen der gefährdeten Biotoptypen decken sich hier mit Befunden beispielsweise des Bundesamts für Naturschutz. Davon abgesehen sind viele Pestizide auch für Menschen potenziell direkt gesundheitsschädlich. Gleiches gilt für Luftschadstoffe, deren Auftreten mittelbar dem Einsatz fossiler Brennstoffe – auch – in der Landwirtschaft geschuldet ist (etwa bei der Stickstoffdüngung). Auch eine drastische Reduktion bei den Pflanzenschutzmitteln hat viel mit Suffizienz zu tun. Denn verzichtet man auf jene Mittel, sind geringere Erträge teilweise unvermeidbar. Das wiederum ist teilweise nur durch andere, insbesondere weniger tierisch basierte, Ernährungsgewohnheiten in Zeiten einer wachsenden Weltbevölkerung aufzufangen.

Auch wenn wesentliche Maßnahmen wie der fossile Ausstieg auf EU- und Bundesebene angegangen werden müssen, können negative Einflüsse auf Biodiversität, Böden, Wasser, Luft und das Klima auch auf Landesebene teilweise wirksam aufgegriffen werden:

1. Zunächst einmal kann die jeweilige Landesregierung durch Bundesratsinitiativen Vorschläge für die Bundesebene und mittelbar für die EU-Ebene unterbreiten. Genau das können die Bürger/innen von ihrer Landesregierung auch einfordern. Jedwedes Bundesland sollte und könnte sich in EU und Bund für einen Vollausstieg aus den fossilen Brennstoffen – auch beim Dünger – und für eine drastische Rückführung der Tierhaltungsemissionen einsetzen. Geschieht dies beispielsweise im Rahmen des EU-Emissionshandels, müsste dessen Mengengrenzung (Cap) orientiert an Art. 2 Abs. 1 Paris-Abkommen auf null in ein bis zwei Jahrzehnten gesetzt werden (unter Streichung aller Altzertifikate).
2. Glyphosat und Neonicotinoide sollten kurzfristig und alle anderen industriellen Pestizide innerhalb von 20 Jahren vom Acker verschwinden. Neben Biodiversitätsverlusten – Beispiel Insektensterben – sprechen dafür auch krebs-erregende und toxische Wirkungen der Pflanzenschutzmittel. Sofern dies nicht auf Bundesebene durchgesetzt wird, kann die Landespolitik Beschränkungen oder sogar ein Verbot auf Landesebene durchsetzen (Einzelheiten sind rechtlich umstritten). Exemplarisch zeigt dieses Beispiel, dass damit eine Verlagerung der agrarischen Produktion in andere Bundesländer nicht kategorisch vermieden werden kann; ein Länder-Vorpreschen könnte aber auch als Anstoß und als hilfreiches Experiment wirken.

3. Ferner sind landesrechtliche Maßnahmen für eine gentechnikfreie Landwirtschaft – die wiederum Voraussetzung für eine pestizidfreie Landwirtschaft ist – möglich, also Anbauverbote. Denn die Abwesenheit von Gentechnik macht es unwahrscheinlicher, dass vermeintlich resistente Pflanzen wie eine Einladung zum verstärkten Pestizideinsatz wirken. Europarechtlich leichter begründbar wäre allerdings ein bundesweites Gentechnikverbot auf dem Acker (und wie auch sonst gilt auch hier, dass ein europäischer oder wenigstens bundesweiter Ansatz aus diversen Gründen stärker wirken würde).
4. Verlangen kann man auf Landesebene ferner die konsequente Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie, die schon bis Ende 2015 durchgängig ökologisch gute Zustände respektive Potenziale forderte, was nur ein kleiner Teil der Gewässer bisher schafft. Eine konsequente Wasserrechts-Anwendung beschleunigt den Ausstieg aus Pestiziden und übermäßiger Düngung, die wiederum in der Verfügbarkeit fossiler Brennstoffe eine wesentliche Wurzel hat.
5. Es braucht ferner einen besseren Schutz und eine Stärkung der Kohlenstoffspeicher wie Wälder und Moore. Ohne verstärkte Treibhausgasbindung sind selbst bei veränderter Ernährung Nullemissionen entsprechend dem Paris-Abkommen unmöglich; zudem sind die Kohlenstoffspeicher meist für die Biodiversität wichtig. Wir fordern ordnungsrechtliche Regelungen für einen weitgehenden Verzicht auf die weitere Bewirtschaftung, insbesondere Trockenlegung von Mooren für den Torfabbau oder zur Gewinnung von landwirtschaftlicher Nutzfläche. Alternativen zur Torfnutzung aus Mooren wie beispielsweise Kompost oder Torfmoos sollten besser verbreitet werden. Derartige Maßnahmen kann auch die Landespolitik durch Ordnungs- und Planungsrecht regeln, etwa durch Trockenlegungsverbote (wobei Verlagerungseffekte wieder nicht komplett ausschließbar sind) sowie durch Forschungsförderung.
6. Die Energiewende sollte sich auf eine Etablierung von Wind, Sonne, Effizienz und Suffizienz konzentrieren. Die Bioenergie sollte größtenteils auf Reststoffverwertung begrenzt werden. EU und Bund haben bei der Energieträgerwahl zwar weitergehende Steuerungsmöglichkeiten, doch auch Bundesländer können durch raumplanerische Vorgaben hier in die richtige Richtung lenken – statt sich wie bislang auf die Verhinderung der Windenergie zu fokussieren und die Braunkohle künstlich am Leben zu erhalten (etwa durch Ermäßigungen bei öffentlichen Abgaben).
7. Jedes Bundesland sollte sich bei der Reform der EU-Agrarsubventionen 2020 dafür stark machen, dass öffentliches Geld nur noch für öffentliche (etwa Öko-)Leistungen fließt. Schon heute ist eine konsequente Nutzung aller Spielräume in der (europarechtlich überformten) Agrarförderung und Neuausrichtung auf eine merklich stärkere Honorierung einer umwelt-, klima- und ressourcenschonenden Betriebsweise möglich, da die Bundesländer insoweit Konkretisierungsspielräume haben. Das heißt: ausreichende Förderung durch stärkere

Gewichtung entsprechender Maßnahmen bei der Mittelvergabe, insbesondere hinsichtlich der Anlage von Landschaftselementen, Blühstreifen und Lerchenfenstern sowie Zwischenfrüchten und weiten Fruchtfolgen, Leguminosenanbau, Streifen- und Direktsaat. Teilweise könnte man solche Maßnahmen auch als Effizienz- statt als Suffizienzoption bezeichnen. Spätestens wenn billige Massenproduktion durch solche Schritte teurer wird, ist freilich auch Suffizienz darin angelegt.

8. Der Ökolandbau könnte stärker gefördert werden, etwa durch Vergabe von Pachtflächen des Bundeslandes größtenteils an ökologisch wirtschaftende Betriebe. Die im Ökolandbau praktizierte bodengebundene Tierhaltung ist wichtig, um Stoffkreisläufe zu schließen, organische Dünger zu verwerten, regionales Futter anzubauen und regionale Futtergrundlagen wie natürliches Grünland zu nutzen sowie den Tieren Auslauf zu gewähren. Bezüglich der Pachtflächen sollten ferner alle Möglichkeiten zur Begrenzung der Pachtpreise genutzt werden, um den Zugang zu Land auch für kleine und mittlere Betriebe zu gewährleisten. Auch und gerade für die schrittweise flächendeckende Etablierung des Ökolandbaus bleibt das zentrale Instrument indes der erwähnte Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen und damit auch aus der mineralischen Stickstoffdüngung.
9. Billigfleischproduktion könnte mit Ländererlassen mit Auflagen versehen werden, um Anwohner, Umwelt und Verbraucher zu schützen. So gibt es in Niedersachsen die Auflage für Investoren, bei Stallneubauten Keimgutachten zu erstellen, um Antibiotikaresistenzen entgegenzuwirken. Gleichzeitig ist eine erhebliche Verringerung des Antibiotika- und Medikamenteneinsatzes in der Tierhaltung geboten, die durch strengere Grenzwerte sowie stärkere Kontroll- und Sanktionsmechanismen angeregt werden sollte, was teilweise auch auf Landesebene möglich ist. Stallneu- und -umbauten sollten nur gefördert werden, wenn diese deutlich über dem gesetzlichen Standard liegen.
10. Nötig ist eine konsequente Ausrichtung der Verwaltung, der Ministerien und der Staatsunternehmen auf eine Vorbildrolle in Ernährungsfragen, etwa weniger tierische Nahrungsmittel und ein schrittweiser Übergang zu 100 % Bioprodukten in der Kantine, ein entsprechendes Catering öffentlicher Veranstaltungen und eine Ausrichtung auf eine geringere Wegwerfrate beispielsweise durch gewichtsabhängig bepreiste (und damit potenziell kleinere) Essensportionen anstelle von Einheitstellern. Sinnvoll sind auch weitere Maßnahmen wie aktuelle Speisepläne, um möglichst Reste vom Vortag verwerten zu können u.a.m.
11. Landwirtschafts- und Ernährungspolitik spielt freilich nicht nur in Deutschland, da viele konsumierte Nahrungsmittel aus dem Ausland stammen. Nötig ist, wie mehrfach betont, stets das Vermeiden der bloßen Umweltproblem-

verlagerung in andere Länder und Naturräume. Bisher schädigt das Konsumverhalten der Industriestaaten die Natur massiv auch außerhalb unserer Landesgrenzen. Riesige Mengen importierter Futtermittel, Lebensmittel wie Palmöl und durch unsere Holznachfrage zerstörte boreale Wälder und Regenwälder sind dafür Beispiele. Auch importierte Lebensmittel und andere Produkte müssen deshalb Beschränkungen unterworfen werden und einen Preis haben, der die ökologische Wahrheit sagt. Allerdings sind Importregelungen im Wesentlichen EU-Sache. Genau dafür kann sich aber auch ein Bundesland gegenüber Bundesregierung und EU-Gesetzgebungsorganen einsetzen.

Zu berücksichtigen ist auch, dass selbst bei gegenüber heutigen Standards deutlich verbesserten Haltungsbedingungen die Tierhaltung (zumal in einem Land ohne ganzjährige Weidewirtschaft) in zentralen Punkten nie wirklich „artgerecht“ sein wird, wenn man darunter natürliche Bewegungsmöglichkeiten, ein Zusammensein von Mutter- und Jungtieren u.a.m. verstehen würde. Der größte Teil der größeren Tiere, die heute die Erde bevölkern, wird ausschließlich gehalten, um anschließend selbst – oder ihre Produkte – von Menschen gegessen zu werden, nach einem kurzen und für sie in der Regel nicht erfreulichen Leben. Diese Probleme lassen sich nicht auf die Massentierhaltung – was immer man damit genau bezeichnet – reduzieren. Bei alledem muss klar sein, dass wirklich weitgehend tiergerechte Haltung zu um ein Vielfaches erhöhten Preisen tierischer Produkte führen würde (zusätzlich zu weiteren preiserhöhenden Faktoren wie höheren Preisen für Mineraldünger), weil dann eben Praktiken wie die Tötung männlicher Küken, die Trennung von Mutter- und Nachwuchstieren, enge Gehege u.a.m. auf den Prüfstand gehören würden.

Mit einer reduzierten Produktion tierischer Nahrungsmittel verbindet sich keine wie auch immer geartete Bevormundung der Menschen bei der Ernährung. Der Begriff Bevormundung passt hier nicht – denn hier geht es nicht darum, jemanden vor sich selbst zu schützen, sondern darum, alle Menschen vor den schädlichen Folgen bestimmter Handlungen zu schützen (dieser sehr grundlegende Punkt wird hier nicht vertieft, da der Verfasser gerade auch zu dieser Frage bereits viel geschrieben hat – siehe die weiterführende Literatur am Ende der Studie). Ein geringerer Konsum tierischer Nahrungsmittel ist im Vergleich zum heutigen deutschen Standard auch nicht ungesund, sondern kann sogar gesundheitliche Vorteile haben.

Natürlich muss auch bei pflanzlicher Ernährung immer eine optimale Ökobilanz avisiert werden, insbesondere eine saisonale und regionale Ausrichtung. Dennoch bilden tierische Nahrungsmittel den zentralen Anknüpfungspunkt. Exemplarisch gesprochen: Das Soja, das direkt konsumiert wird, erzeugt im Durchschnitt geringere Probleme, als wenn erst unter hohen Umwandlungsverlusten mit dem Soja Tiere gefüttert und sodann gegessen werden. Das bleibt richtig, auch wenn

es bei verschiedenen Fleischarten, Haltungs- und Fütterungsformen deutliche Unterschiede in der Ökobilanz gibt.

Dass man nicht bereit ist, Klimaemissionen erst einmal hinzunehmen und diese sodann der Luft wieder zu entziehen, ist in der Umweltbewegung weitestgehender Konsens. Folglich sind Nullemissionen nur erreichbar, indem auch die Landwirtschaft weitestgehend dekarbonisiert wird. Unvermeidliche Restemissionen, die selbst bei einer weitgehend pflanzlichen Diät verblieben, müssten über vertretbare negative Emissionstechnologien wie – nicht monokulturelle – Aufforstungen und Renaturierung von Mooren erbracht werden.

5. Weitere Beispiele: Energie, Wohnen, Verkehr, öffentliche Beschaffung

Exemplarisch sollen neben dem Landwirtschafts- und Ernährungssektor nachfolgend noch einige weitere Beispiele landespolitischer Suffizienzmaßnahmen skizziert werden.

- Die Raum- und Bauleitplanung von Ländern und Kommunen kann weniger Gewerbe- und Wohnflächen ausweisen, um einen suffizienteren Umgang mit Flächen auszulösen, was in vielfältiger Hinsicht zugunsten etwa von Klimaschutz und Naturschutz wirken würde. Selbst einen Flächenzertifikatthandel könnte ein einzelnes Bundesland rechtlich gesehen einführen. Zu drohenden Verlagerungseffekten in andere Orte oder andere Bundesländer – und dazu, warum man davon nicht alles abhängig machen sollte – gilt das bereits Gesagte.
- Eine geringere Flächennutzung kann auch durch eine Umzugsprämie von größeren in kleinere Wohnungen gefördert werden. Auch solche Subventionstatbestände liegen in der Länderzuständigkeit – wobei die generelle Schwierigkeit bei Subventionen nicht zu verkennen ist, dass sie aus finanziellen Gründen nur begrenzt machbar sind.
- Da Fuß- und Radverkehr die wesentliche Suffizienz-Perspektive im Mobilitätssektor sind und ein sie fördernder Ausstieg aus den fossilen Energien nicht in der Länderzuständigkeit liegt, sind anderweitige Fördermaßnahmen für den Radverkehr ein sinnvoller landes- und kommunalpolitischer Schritt. Vermehrte Fahrradwege (kostengünstig als Streifen auf der Straße angelegt), eine konsequente Radwege-Schneeräumung im Winter und der Ausbau von sicheren Radstellplätzen sind dafür Beispiele.

- Wesentlich für die Suffizienz ist ferner, dass Länder und Kommunen die öffentliche Beschaffung entsprechend ausrichten – sei es bei Gebäuden, beim Fuhrpark, beim Catering oder bei sonstigen Anschaffungen der öffentlichen Hand. Gemäß dem europäischen und bundesdeutschen Vergaberecht orientiert sich eine Vergabeentscheidung grundsätzlich am wirtschaftlich günstigsten Gebot, wobei ergänzend ökologische und soziale Kriterien zulässig sind. Die Länder könnten in ihrer Verwaltungspraxis, statt auf die vor den Gerichten stets umstrittenen Öko-Kriterien zu setzen, einen wesentlich radikaleren Schritt machen. Sie könnten betonen, dass eine ökologisch ausgerichtete Vergabe bereits wirtschaftlich ist. Berücksichtigt man die Schäden, die nicht nachhaltige Produkte und Dienstleistungen schon monetär in puncto Klimawandel etc. für die Gesellschaft haben, würde dies die bisherigen Wirtschaftlichkeitskalküle in der Beschaffung völlig verändern, und es müssten ganz andere Produkte beschafft werden. Man würde damit von einer betriebswirtschaftlichen zu einer volkswirtschaftlichen Wirtschaftlichkeitsperspektive übergehen – und dafür auch teurere Produkte und Dienstleistungen in der öffentlichen Beschaffung akzeptieren, wenn sie beispielsweise klimafreundlicher sind. Das würde zugleich einen allgemeineren Gesichtspunkt anschaulich machen: Suffizienz kann durchaus dazu führen, dass jemand erst einmal weniger Geld in der Tasche hat. Preiswerter als ein weiteres Hineinlaufen in den Klimawandel usw. bleibt Suffizienz aber aller Voraussicht nach trotzdem.

6. Ausblick: Wie die Landespolitik den gesellschaftlichen Wandel hin zur Suffizienz mit anstoßen kann

Wir haben gesehen: Das Wechselspiel des gesellschaftlichen Wandels benötigt als einen Baustein auch politisch-rechtliche Vorgaben in Richtung mehr Nachhaltigkeit und Suffizienz. Dabei hat die Landespolitik nicht die zentrale Rolle, weil sie nicht den räumlich und sektoral umfassenden Ansatz liefern kann, ohne den Nachhaltigkeit nicht umfassend gelingen kann. Landespolitik kann gleichwohl eine wesentliche Anstoß-, Experimentier- und Ergänzungsfunktion erfüllen. Damit dies passiert, müssen wir alle aber auch politischen Druck in dieser Richtung aufbauen – durch Engagement in Vereinen (wie dem BUND), Parteien, auf Demonstrationen, im Gespräch in Nachbar- und Kollegenschaft und durch unser alltägliches Konsumverhalten. Umgekehrt wird eine wirksame Suffizienzpolitik uns unseren individuell nachhaltigen Konsum erleichtern. Momentan blockieren sich Politik und Bürger/innen – sowie Unternehmen und Konsument/innen – noch allzu oft wie in einem Teufelskreis.

Die grundlegende Rechtfertigung für Suffizienz ist, dass ohne sie, wie im zweiten Abschnitt geschildert wurde, die Nachhaltigkeitswende im Sinne der sehr ambitionierten globalen Umweltziele etwa in Paris-Abkommen und Biodiversitätskonvention nicht im nötigen Umfang gelingt. Suffizienz hat dabei durchaus das Potenzial, Menschen glücklicher zu machen. Entschleunigung in einer nicht mehr wachstumsaffinen Welt, die Bewahrung des Weltfriedens durch die Abwendung des Klimawandels oder gesündere Atemluft in den Städten sind dafür mögliche Stichworte. Weil materieller Wohlstand gleichzeitig aber Anerkennung, Gesundheit, bessere Bildung für die Kinder usw. verspricht, wäre es unrealistisch zu hoffen, dass alle Menschen sich per se für eine gewisse Frugalität begeistern. Dabei sollte dann nur in Erinnerung gerufen werden, dass ein Weiterlaufenlassen etwa des Klimawandels für die Menschheit in existenzielle – und übrigens auch ökonomische Katastrophen führen würde. Insofern erscheint Suffizienz als ein Akt durchaus eigennützig kluger Selbstbeschränkung.

Weiterführende Literatur

- BUND (2017): Perspektive 2030 – Suffizienz in der Praxis, www.bund.net/suffizienz-dossier
- BUND und BUNDjugend Baden-Württemberg (2017): Ein gutes Leben für alle! Einführung in Suffizienz, www.bund-bawue.de/gutes-leben
- Ekardt, F. (2016): Theorie der Nachhaltigkeit. Ethische, rechtliche, politische und transformative Zugänge – am Beispiel von Klimawandel, Ressourcenknappheit und Welthandel, 3. Auflage (= 2. Aufl. der Neuausgabe) Baden-Baden: Nomos.
- Ekardt, F./ Wieding, J./ Garske, B./ Stubenrauch, J. (2018a): Landnutzungs- und düngungsbezogener Klimaschutz in europa- und völkerrechtlicher Perspektive, Zeitschrift für Umweltrecht, S. 143-155.
- Ekardt, F./ Zorn, A./ Wieding, J. (2018b): In zehn Jahren Nullemissionen? Widersprüche im Paris-Abkommen und ihre Auflösung. Zugleich zu Vorsorgeprinzip und überschätzten Klimaszenarien, Momentum Quarterly, i.E.
- Ekardt, F. (2017): Wir können uns ändern. Gesellschaftlicher Wandel jenseits von Kapitalismuskritik und Revolution, München: Oekom.
- Ekardt, F./ Hennig, B. (2014): Chancen und Grenzen kommunaler Klimaschutzkonzepte. Grundprobleme und Beispiele, Marburg: Metropolis.
- Schneidewind, Uwe/ Zahrnt, Angelika (2013): Damit gutes Leben einfacher wird – Perspektiven einer Suffizienzpolitik, München: Oekom.
- Wuppertal Institut (2016): Kommunale Suffizienzpolitik, Studie für den BUND, https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/nachhaltigkeit/nachhaltigkeit_suffizienz_studie.pdf

Zum Autor

Die Forschungsstelle Nachhaltigkeit und Klimapolitik (Leipzig/ Berlin) widmet sich Forschung, Lehre, Projektarbeit (für öffentliche und gemeinnützige Auftraggeber), Politikberatung, rechtlicher Begutachtung sowie einer breiten Vortragstätigkeit, Medien- und Öffentlichkeitsarbeit. Sie tut dies in den Bereichen (1) Nachhaltigkeitsrecht/ Umweltrecht und Nachhaltigkeitspolitik/ Umweltpolitik; (2) interdisziplinäre Nachhaltigkeitsfragen, Transformationsprozesse hin zu mehr Nachhaltigkeit, soziale Lernprozesse; (3) Gerechtigkeitstheorie/ Menschenrechte/ Verfassungsrecht auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene; (4) Governance/ Steuerungsfragen/ Entwicklung von Politikinstrumenten auf internationaler, europäischer, nationaler und kommunaler Ebene. Prof. Dr. Felix Ekardt, LL.M., M.A. ist Gründer und Leiter der Forschungsstelle (FNK) seit Anfang 2009; ferner seit 2002 Professor, seit 2009 an der Juristischen Fakultät der Universität Rostock, ebenso wie an der dortigen Interdisziplinären Fakultät und dem Leibniz-Wissenschaftscampus Phosphorforschung Rostock.